

Westdeutsche Expert/-innen in der Transformation: Der Aufbau der Arbeitsverwaltung

Die Verfassung der DDR stand allen Bürger/-innen ein Recht auf Arbeit zu. Daraus folgte die Konsequenz, dass es in den späten 1980er Jahren formal praktisch keine Arbeitslosen in der DDR gab. Jedoch brach diese Fassade, die eine verdeckte Arbeitslosigkeit von rund fünfzehn Prozent der Beschäftigten verdecken konnte, mit dem Fall der Mauer und der folgenden Entwicklung hin zu einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und ihrer Arbeitsmärkte, sehr schnell zusammen. Erste Entlassungen, Kündigungen und Anfragen an die grenznahen Arbeitsämter der Bundesrepublik lassen sich bereits im November 1989 nachweisen. Dies bedeutete für sämtliche Ebenen der bundesdeutschen Arbeitsverwaltung einen plötzlichen, radikalen Umbruch der bisherigen liberal-konservativ geprägten Strukturen, die nicht nur sinkende Arbeitslosenzahlen, sondern auch einen Abbau staatlicher Arbeitsverwaltung bedeuteten. Ab dem Frühjahr 1990 setzte intensiver Kontakt zwischen ost- und westdeutscher Verwaltung ein, dessen Ziel die effiziente Bewältigung der neuen, rapide ansteigenden Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland war. Erschwert wurde diese Arbeit durch die systemische Umgestaltung der ostdeutschen Wirtschaft im Rahmen der Wiedervereinigung und Anpassung an die kapitalistische Wirtschaftsform. Dabei waren es westdeutsche Expert/-innen, denen die Aufgabe zukam, funktionierende Strukturen der Arbeitsverwaltung zu etablieren. Sie sollen im Zentrum der Arbeit stehen.

Das bedeutet, dass die Arbeit keine Geschichte der Sozialpolitik und nicht primär eine Geschichte der vereinigungsbedingten Arbeitslosigkeit wird. Vielmehr sollen die Protagonist/-innen in einer teilbiographischen Betrachtung, ihre Erwartungen an Ostdeutschland, ihre Motivation und vor allem ihre Erfahrungen den Schwerpunkt der Arbeit bilden. Bis heute fehlt in den alten Bundesländern ein Verständnis für die Geschichte der Vereinigung beider deutscher Staaten und der damit verbundenen, generationenübergreifenden Zäsur in Ostdeutschland. Dies liegt zum einen an geschichtspolitischen Entscheidungen und Narrativen, die durch einen Legitimationsdruck der gewählten Form der Vereinigung bedingt sind, zum anderen aber am fehlenden direkten Kontakt und Austausch mit ostdeutschen Zeitzeug/-innen, der über vereinzelte individuelle Beispiele hinaus geht. Demgegenüber werden Verlustnarrative und ambivalente Erzählungen über die DDR und ihr Ende in den neuen Bundesländern nicht nur aufrechterhalten, sondern generationenübergreifend weitergegeben und schließlich durch die Erfahrungen sozialer und materieller Benachteiligung – mag diese real oder lediglich empfunden sein – weiter bestätigt. Die Untersuchung der westdeutschen Arbeitsamtsmitarbeiter/-innen soll daher eine derjenigen Gruppen, die aufbauend auf eine biographisch-westdeutsche Prägung nicht nur direkte Erfahrungen mit der Vereinigung gemacht haben, sondern die schmerzhafteste Erfahrung massenhafter radikaler Einschnitte und Verluste direkt miterlebten, in den Blick nehmen. Ihre Interpretationen können dabei stellvertretend für eine westdeutsche Perspektive stehen. Dies gilt es noch zu klären. Aber auch die Protagonist/-innen selbst erleben eine Zäsur, da die bisherige auf Abbau des Sozialstaats ausgerichtete liberal-konservative Politik durch den Fall der Berliner Mauer eine plötzliche und unerwartete Umstrukturierung erfahren musste, die sich auch auf die von ihr abhängigen Mitarbeiter/-innen staatlicher Arbeitsverwaltung auswirkte.

Als Grundlage der Arbeit bieten sich die Akten der Bundesanstalt für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung an, die unter anderem die Berichte der verschiedenen Projekte beider Institutionen in Ostdeutschland vor und nach der Vereinigung beider deutscher Staaten beinhalten, an. Weiterhin sind die Berichte des Ministeriums für Arbeit und Soziales der letzten DDR-Regierungen, die Akten der Arbeitgeber/-innen- und Arbeitnehmer/-

innenvertretungen und die Presseberichterstattung relevant. Außerdem sollen sowohl zeitgenössische als auch selbst geführte Interviews die Perspektiven der Arbeit erweitern.

Die Arbeit soll die Transformationsgeschichte um die Perspektive der westdeutschen Akteur/-innen des frühen Vereinigungsprozesses und deren genuine Perspektive erweitern, um zur Erschließung weiterhin wirksamer Strukturen der deutschen Sozialgeschichte beizutragen.